

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend eines Papamonats für alle österreichischen Dienstnehmer**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Reform des Kinderbetreuungsgeldes einzusetzen, damit Väter bereits in der Zeit zwischen Geburt des Kindes und Ende des Beschäftigungsverbotes der Mutter 30 Tage in Karenz gehen und währenddessen Kinderbetreuungsgeld beziehen können.

Begründung

Im Oö. Landesdienst beschäftigte Väter haben seit dem Dienstrechtsänderungsgesetz 2009 und der damit verbundenen Einführung der so genannten Vaterschaftsfrühkarenz die Möglichkeit, einen Papamonat in Anspruch zu nehmen. Dadurch werden von Anfang an eine intensive Vater-Kind-Beziehung aufgebaut, das Zusammenleben als Familie gefördert und die Vereinbarkeit von Beruf und Beteiligung der Väter an der Kindererziehung unterstützt.

Auch Beschäftigte des Bundes und der meisten Bundesländer haben Zugang zu einer Vaterschaftsfrühkarenz, hinsichtlich der Dauer zeigt sich Oberösterreich mit bis zu 16 Wochen jedoch deutlich großzügiger als die übrigen Bundesländer mit lediglich maximal 4 Wochen. Leider bieten nur wenige Kollektivverträge von in der Privatwirtschaft beschäftigten Vätern die Chance, nach der Geburt für das Kind da zu sein.

Eine Reform des Kinderbetreuungsgeldes, die Vätern einen Bezug samt Dienstfreistellung (mit entsprechend sinnvollen Vorankündigungszeiten) bereits in der Zeit zwischen der Geburt des Kindes und dem Ende des Beschäftigungsverbotes der Mutter ermöglicht, wäre eine wichtige Maßnahme, um die Beteiligung der Väter bei der Kindererziehung österreichweit zu erhöhen.

Angesichts der Bedeutung der Familie für unsere Gesellschaft ist es dringend erforderlich, bereits ab Geburt Vätern, Müttern und Kindern gemeinsame Familienzeit zu ermöglichen. Die derzeitige Regelung, wonach Überschneidungen der Karenz lediglich beim ersten Wechsel zwischen den Elternteilen möglich ist, fördert das Zusammenleben junger Familien zu wenig.

Linz, am 4. November 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Müllner, Affenzeller, Bauer, Röper-Kelmayr, Promberger, Peutlberger-Naderer, Schaller, Pilsner, Krenn, Weichsler-Hauer, Rippl

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Wageneder, Schwarz

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Manhal, Priglinger, Aichinger, Hüttmayr, Frauscher, Stelzer, Csar, Stanek, Schulz, Tausch, Jachs, Ecker, Schillhuber, Hingsamer, Lackner-Strauss, Weinberger, Astleitner, Langer-Weninger, Dörfel, Pühringer,